



Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,

im vergangenen Newsletter hatte ich Ihnen Neuerungen versprochen. Wie Sie sehen, hat sich mein Newsletter etwas verändert. Inhaltlich werde ich Sie aber weiterhin wie gewohnt auf dem Laufenden halten - erweitert um Themen aus dem Wahlkreis.

Sie haben Anregungen, Kritik oder Hinweise? Teilen Sie sie mir mit. Wie bereits zu Beginn meiner Tätigkeit in Berlin gesagt - nur mit Reden können Dinge bewegt und verändert werden; das gilt für mich auch weiterhin.

Schwerpunkte in dieser Sitzungswoche in Berlin waren die Themen Fracking, Asylrecht und die Gedenkstunde zum Kriegsende am 8. Mai. Lesen Sie mehr dazu und zu weiteren Themen auf den folgenden Seiten.

Herzlichst Ihre

Jutta Eckenbach MdB

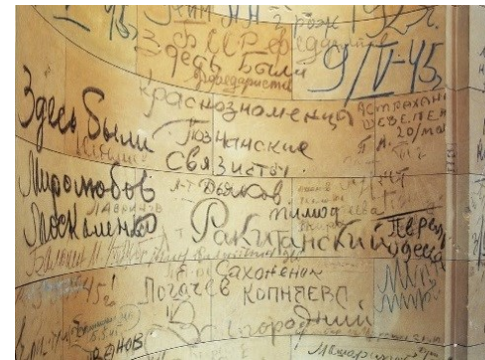
## Gedenkstunde zum 8. Mai 1945

Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1945, hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert – nach 2.077 Kriegstagen und mehr als 50 Millionen Toten, darunter etwa acht Millionen Deutschen. In der deutschen Geschichte gibt es keine tiefere Zäsur als diesen Tag, sagte der Historiker Prof. Dr. Heinrich August Winkler in seiner Gedenkrede zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Europa.

Bundestag und Bundesrat erinnerten am Freitag, 8. Mai 2015, in einer gemeinsamen Gedenkstunde an den Tag, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 30 Jahren einen „Tag der Befreiung“ genannt hatte. Im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck, Bundesratspräsident Volker Bouffier, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, sowie zahlreicher Botschafter und Zeitzeugen auf der Tribüne würdigte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammer die „Bereitschaft unserer Nachbarn zur Versöhnung“, die historisch ebenso beisspiellos sei wie die Katastrophe, die ihr vorausgegangen war. Trotz seiner

Schuld sei Deutschland von den Europäern, über die es „so unvorstellbar großes Leid gebracht hatte“, von einer Völkerfamilie aufgefangen worden, „die nach diesem Krieg nicht mehr dieselbe war wie zuvor“.

Gedenkveranstaltungen wie heute machen deutlich, dass all unsere Entscheidungen auf den Entscheidungen der Vergangenheit fußen. Meiner Meinung nach sollte die Bedeutung des historischen Ortes „Reichstag“ und der damit verbundene Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit allen Parlamentariern im Deutschen Bundestag mehr ins Bewusstsein rücken.



## Graffitis im Reichstagsgebäude

In den letzten Tagen des Kriegs hatten sich die sowjetischen Truppen auf die Eroberung des Reichstags konzentriert. Er wurde in den letzten Tagen des Krieges zum Symbol des Sieges über den Faschismus.

Soldaten kritzelten mit kyrillischen Schriftzeichen tausende Botschaften, Namen, Orte, Städte mit angekohlten Holz- oder Kreidestücken an die Innen- und Außenmauern. Die meisten davon beginnen mit den Worten "hier war": Iwanow, Pawlow, Solowjow oder einfach nur Ich.

Im Rahmen des Umbaus des Reichstages legte Norman Foster noch einige dieser Graffitis frei und ließ sie konservieren nicht ohne dass es zuvor eine ebenso heftige wie gründliche Debatte über den historischen, didaktischen und ästhetischen Wert dieser Inschriften gegeben hätte. Zunächst wurden sie vom damaligen russischen Botschafter, Sergej Krylow, und Rita Süßmuth (CDU), damals im Amt der Bundestagspräsidentin, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Parolen wie "Tod den Deutschen" und "Einen Scheiß kriegt Ihr Faschisten, aber nicht Russland" überlebten die Inspektion nicht.

**Bild links:** Zeigt die konservierten Inschriften  
© Deutscher Bundestag / Stefan Erfurt



## Fracking eindeutig regeln

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, das sog. Fracking gesetzlich zu regeln. Dabei haben der Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers absoluten Vorrang. Die Bundesregierung hat dazu jetzt ein ausgewogenes Gesetzespaket vorgelegt.

Zum einen sollen damit Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes vorgenommen werden, mit denen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung Rechnung getragen wird. Der Umgang mit Lagerstättenwasser wird geregelt. Wo Risiken nicht zu verantworten sind oder unzureichende Kenntnisse bestehen, wird Fracking verboten. Weitere Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz beinhalten Regelungen zum Verbot bzw. zur Einschränkung von Fracking in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Natura-2000-Gebieten.

Änderungen gibt es auch im Bergrecht. Hier wird die Durchsetzung von möglichen

Schadenersatzansprüchen bei Bergschäden erleichtert. Ebenso werden verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen eingeführt sowie die bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie verschärft.

Mich haben in den vergangenen Wochen zahlreiche Zuschriften erreicht. Ich kann allen Bürgerinnen und Bürgern nur sagen, dass uns allen die Gefahren - besonders aus den Erfahrungen des Bergbaus - bewusst sind. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schafft der Bund Rahmenbedingungen für neue Technologien, diese Rahmenbedingungen sind jedoch von den Aufsichtsbehörden konkret auszugestalten. Sie können die Situation und Beschaffenheit vor Ort am Besten einschätzen und bewerten.

In den kommenden Ausschusssitzungen wird die Anhörung von Sachverständigen umfassend bewertet werden. Die Bewertung wird zeigen, wo Veränderungen im vorlie-

genden Gesetzentwurf erforderlich sind.

In der Landesgruppe der CDU-NRW im Deutschen Bundestag sind wir uns einig, dass weitere Änderungen an dem Gesetzentwurf dringend notwendig sind. Eine Möglichkeit soll dabei u.a. ein Parlamentsvorbehalt zu den Bohrungen sein. Dies haben wir der Fraktionsspitze mitgeteilt.

### Was ist Fracking?

Hydraulic Fracturing, kurz Fracking, ist ein technisches Verfahren, das u.a. zur Förderung von Erdgas eingesetzt wird. Hierbei werden künstliche Fließwege im Gestein geschaffen, mit dem Ziel, die Permeabilität (Durchlässigkeit) der Lagerstätte zu erhöhen.

So kann das Erdgas leichter zur Bohrung fließen.

(Quelle: Exxon Mobil)

## Zukunft der Arbeit – Digitalisierung der Arbeitswelt

Die Digitalisierung schreitet voran und verändert unsere Gesellschaft sowie die Rahmenbedingungen, in denen wir leben und arbeiten, fundamental. Der digitale Wandel ist jedoch deutlich mehr als die bloße Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Kaum ein ökonomischer und gesellschaftlicher Bereich bleibt von den Impulsen der Digitalisierung unberührt. In Deutschland und der EU entstehen Fragestellungen. Etwa: welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf das deutsche Mitbestimmungsrecht? Welche Veränderungen durchlaufen bestimmte Arbeitsprozesse?

Mit diesen Veränderungsprozessen in Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigt sich die Unionsfraktion derzeit sehr intensiv. So sind Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft u.a. ein Thema in der Reihe „Wirtschaftsgespräche der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

Am Mittwochnachmittag kamen Vertreter von Industrie, Wirt-

schaft und Forschung in die Räumlichkeiten der Fraktion auf Einladung der Arbeitnehmergruppe.

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Volkswagen Osnabrück GmbH, Gerhard Schrader, machte deutlich, welche Änderungsbedarfe es im



Bereich der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bedarf. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung werden durch Verknüpfung von unterschiedlichen Datenbanken im Rahmen von Big Data die Möglichkeiten eines gläsernen Beschäftigten hervorgerufen.

Die Bedeutung des Arbeitnehmerdatenschutzes steigt proportional zur Digitalisierung der Arbeitswelt.

Aber nicht nur auf die Arbeitgeber kommen neue Herausforderungen zu, auch die Arbeitnehmer sehen sich neuen Anforderungen ausgesetzt. Denn in einer digitalisierten Wirtschaft entstehen auch neue Qualifikationsanforderungen.

43 Prozent der Unternehmen sehen in den Bereichen eCommerce, Online-Marketing und Kundenbeziehungsmanagement die Notwendigkeit, ihre Fachkräfte zu qualifizieren, so Prof. Dr. Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsforschung (IAB). Es sei zwar davon auszugehen, dass eine einfache Tätigkeit rückläufig ist dies bedeute aber nicht, dass niedrigqualifizierte Arbeit generell verschwindet.

Eine weiteres zentrales Thema wird in diesem Zusammenhang die berufliche Ausbildung sein. So macht der aktuelle Datenreport des Bundesinstitutes für Berufsbildung deutlich, dass eine Durchlässigkeit der Bildungssysteme dringend geboten ist.



## Juttas Woche in Essen

In Gesprächen höre ich immer wieder, dass ich hätte ja quasi Urlaub wenn ich nicht in Berlin sei. Dem ist nicht so! In den sog. sitzungsfreien Wochen nehme ich die unterschiedlichsten Termine im Wahlkreis wahr. So war ich u.a. zur Einweihung des neuen



© Boddenberg

Kunstrasens für den Hockey-Club-Essen (HCE) in Essen-**Huttrop** eingeladen. Mit neuer Technik geht es nun in eine hoffentlich erfolgreiche neue Saison. Dafür drücke ich allen Spielerinnen und Spielern die Daumen!

Am Sonntag nahm ich an der 5. **Altenessen-**Konferenz teil. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Frage des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Unter der Moderation von Prof. Dr. Klaus Wermker wurde im Publikum und in kleineren Arbeitsgemeinschaft über die unterschiedlichsten Vorstellungen diskutiert.

Nach einer zweitägigen Klausurtagung in Frankfurt am Main eilte ich am Dienstagnachmittag zur Sitzung des Bezirksvorstandes der Frauen Union nach Gelsenkirchen. Auch hier war ein Schwerpunktthema die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Am Mittwoch traf ich mich ebenso mit Jolanta Nölle, Mitglied des Vorstandes der Stiftung **Zollverein**. Wir diskutierten die verschiedensten Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung unserer Zeche Zollverein.

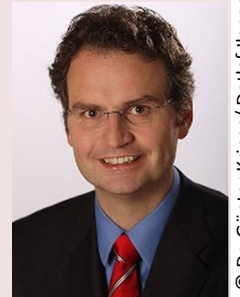
Am Nachmittag fuhr ich mit meinem Kollegen Ralf Brauksiepe MdB, parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verteidigung, nach Dortmund. Wir debattierten auch hier mit Vertretern anderer Fraktionen aus Bund, Land und Kommunen über Lösungsmöglichkeiten Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Während ich noch am Donnerstag am Arbeitnehmerempfang im Rathaus teilnahm, besuchte ich am Freitag, den 1. Mai, die CDA auf dem **Burgplatz**. Mit Bürgerinnen und Bürgern diskutierten wir vor Ort, wo Handlungsbedarfe für den einzelnen Arbeitnehmer möglich sind.



## Veranstaltungshinweis

Am Mittwoch, den **13. Mai 2015, um 11:30 Uhr** ist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern **Dr. Günter Krings** MdB zu Gast beim SkF im Kolpinghaus (Steeler Straße 36, 45127).



© Dr. Günter Krings/ Detlef Ilgner

Im Rahmen seines Vortrages zum Thema: Flüchtlinge in Deutschland – und der Umgang mit allein reisenden Kindern und Jugendlichen wollen wir mit den unterschiedlichsten Akteuren vor Ort diskutieren.

Wenn auch Sie teilnehmen möchten, so bitte ich Sie, sich in meinem Büro anzumelden.

### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567  
Fax 030 227-76569

#### Büro Essen

Blücherstraße 1  
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68  
Fax 0201 80 6738 70

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

[www.facebook.com/JuttaEckenbachMdb](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdb)

[juttaeckenbach@bundestag.de](mailto:juttaeckenbach@bundestag.de)